



Foundation Findings

Vertrauen in die
Politik und Teilhabe
der Bürger während
der Krise

Politischer Kurzbericht zur 3. EQLS



Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

**When citing this publication, please use the following wording:
Eurofound (2013), *Political trust and civic engagement during the crisis*,
Publications Office of the European Union, Luxembourg.**

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine dreigliedrige Agentur der Europäischen Union, deren Auftrag darin besteht, sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durch die Bereitstellung von Wissen zu unterstützen. Eurofound wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates im Jahr 1975 gegründet, um zur Planung und Konzipierung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa beizutragen.

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2013.

Anträge auf Übersetzungs- und Nachdruckrechte sind zu richten an den Direktor der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland.

Telefon: (+353 1) 204 31 00

E-Mail: information@eurofound.europa.eu

Website: www.eurofound.europa.eu

ISBN 978-92-897-1132-6

ISSN 1831-3108

doi:10.2806/47190

Politische Kurzberichte zur EQLS

Thema der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität (EQLS) hervor, das aus politischer Sicht von besonderem Interesse ist. In dem Bericht werden die Ergebnisse der Analyse von EQLS-Daten und Nachweisen aus anderen Quellen zu einer Reihe von Empfehlungen für die Politik zusammengefasst. Der Schwerpunkt dieses politischen Kurzberichts liegt auf den Erkenntnissen zum Vertrauen in nationale und europäische politische Einrichtungen sowie zur Teilhabe der Bürger während der Wirtschaftskrise. Der Kurzbericht wurde von Daphne Ahrendt und Tadas Leončikas erstellt. Weitere Informationen erhalten Sie unter: dap@eurofound.europa.eu



Politischer Kontext



Das Leben in der Europäischen Union hat sich seit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verändert. Auch wenn die Bürger die Lebenszufriedenheit weiterhin als hoch einstufen, hat doch ein Großteil der europäischen Bevölkerung die Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen. Millionen von Menschen sind durch die schlechte Wirtschaftslage arbeitslos geworden, und in einigen Ländern ist die Jugendarbeitslosenquote so hoch, dass die zahlreichen jungen Europäer, die nun ohne Beschäftigung sind, bereits als „verlorene Generation“ bezeichnet werden. Doch auch für die Erwerbstätigen verschlechtern sich die Bedingungen. Dabei sind klare Tendenzen erkennbar: weniger Arbeit, geringere Arbeitszeit insgesamt, weniger Überstunden, steigende Arbeitsplatzunsicherheit, weniger Wahlmöglichkeiten für Arbeitnehmer, Einfrierung von Löhnen und Lohnkürzungen. Durch die Krise wurden die Ungleichheiten verstärkt, nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch zwischen den Ländern; dabei nehmen auch die Unterschiede bei der Lebensqualität in der EU zu. Mit der Aussicht darauf, dass die entstandenen Schulden noch auf Jahre hinaus auf den Ländern lasten werden, tragen die Gesellschaft insgesamt und die EU als Ganzes die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Erwerbslosigkeit, Armut und sozialen Ausgrenzung.

Bei dem Versuch, die Krise zu bewältigen und wieder vorherige Wachstums- und

Beschäftigungsniveaus zu erreichen, standen die nationalen Regierungen vor der Herausforderung, der öffentlichen Schulden und Haushaltsungleichgewichte Herr zu werden, ohne dabei das Wohlbefinden und den sozialen Schutz ihrer Bürger aus den Augen zu verlieren. Die EU muss nun für eine Erholung sorgen, die Europa auf den Weg eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums zurückführt, wie es die Strategie Europa 2020 vorsieht. Neben den politischen Bemühungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, Förderung des Wirtschaftswachstums und Bewältigung der schnell ansteigenden Arbeitslosenquote unter jungen Europäern hat die Europäische Kommission im Jahr 2013 als sozialpolitische Reaktion der EU auf die Krise das Sozialinvestitionspaket eingeführt (Europäische Kommission, 2013a).

Als Teil dieses Pakets fordert die Kommission gut konzipierte Sozialsysteme, bei denen die Sozialinvestitionen mit Schutz und Stabilisierung kombiniert sind und die gleichzeitig Wirksamkeit und Effizienz der Sozialpolitik erhöhen und dauerhaft eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft fördern. Um es den Menschen zu ermöglichen, aktiv und nach bestem Vermögen an Gesellschaft und Wirtschaft teilzuhaben, soll Aktivierungsmaßnahmen mehr Gewicht beigemessen werden. Darüber hinaus wird angeregt, Unterstützung gezielt den Personen

zu gewähren, die sie brauchen, und zwar dann, wenn sie sie brauchen (Europäische Kommission, 2013a, S. 3).

Es wird einige Zeit dauern, bis die Wirkung dieser Maßnahmen erkennbar wird. In der Zwischenzeit kann die Debatte über Entwicklungen im Bereich der europäischen Integration und die Zukunft des Projekts Europa jedoch nicht vertagt werden. In Zeiten des Konjunkturabschwungs sinkt das Vertrauen in politische Einrichtungen, da die Bürger vom politischen System enttäuscht sind. Die Arbeitslosigkeit scheint stärkere negative Auswirkungen auf das Vertrauen in nationale Regierungen als auf das Vertrauen in die EU-Organen gehabt zu haben – zumindest in der EU-15¹ (Roth et al., 2011) –, doch die EU als supranationales Kollektiv souveräner Staaten hat außerdem mit zunehmendem Nationalismus und der Unterstützung von Protektionismus innerhalb dieser Staaten zu kämpfen.

Im Laufe ihrer Geschichte hat die EU stets auf den Dialog mit ihren Interessengruppen gesetzt, um sicherzustellen, dass die Union auf Kooperation basiert. Angesichts des rückläufigen Vertrauens kommt die Bestimmung des Jahres 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger genau rechtzeitig, auch um dafür zu sorgen, dass die Bürger direkt in die Diskussion über die Zukunft Europas einbezogen werden. Um es mit den Worten von Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, zu sagen: „Wir können die Europäische Union nicht ohne ihre Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Wir können die EU nur mithilfe der Menschen aufbauen, für die sie gemacht ist und auf deren Ideen sie gründet.“ (Europäische Kommission, 2013b, S. 1). Natürlich besteht das Ziel des Europäischen Jahres nicht allein darin, die Öffentlichkeit einzubeziehen und zu erörtern, was bislang erreicht wurde und wo die EU in 10 Jahren stehen sollte, sondern auch darin, über Möglichkeiten zu sprechen, die Legitimität der EU weiterhin zu stärken. Um diese Legitimität zu gewährleisten, müssen die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass ihre

Stimme in der EU zählt. Zur diesbezüglichen Sensibilisierung sowie als Maßnahme gegen Politikverdrossenheit dient das Europäische Jahr dazu, die europäische Dimension in den Vordergrund zu rücken, indem auf die Rechte von EU-Bürgern und die positiven Entwicklungen aufmerksam gemacht wird, die sich in diesem Zusammenhang bislang vollzogen haben.

Der Schwerpunkt des Europäischen Jahres ist auch insofern günstig gewählt, da die EU-Bürger im Juni 2014 ein neues Europäisches Parlament wählen werden. Starkes Vertrauen unter den Bürgern ist für die Wahlbeteiligung entscheidend. Bei den Wahlen im Jahr 2009 wurde die bislang geringste Beteiligung (43 %) erreicht, doch es steht zu befürchten, dass die Werte diesmal noch schlechter ausfallen werden.

Politische Herausforderungen und Aspekte

Der vorliegende politische Kurzbericht untersucht die Herausforderungen, denen sich die EU in Bezug auf das Vertrauen und die Teilhabe der Bürger während der Krise gegenübersteht. Ganz oben auf der Liste steht das Problem der erhöhten Politikverdrossenheit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Politikverdrossenheit ist ein komplexes Thema mit verschiedenen Dimensionen, das sich von Land zu Land sowie bei verschiedenen Gruppen von Europäern unterschiedlich äußert. Wie aus diesem Kurzbericht hervorgeht, ist die EU nicht, wie in einer kürzlich veröffentlichten Studie des Pew-Forschungszentrums (2013) dargestellt, der einzige „kranke Mann“ Europas; von der Vertrauenskrise sind die nationalen Regierungen genau so stark, wenn nicht sogar stärker betroffen. Europa ist jedoch dem Risiko ausgesetzt, dass es von einigen Politikern und Medien allein für die Probleme verantwortlich gemacht wird, die den Bürgern Europas durch die Wirtschaftskrise entstanden sind. Daher besteht die erste Herausforderung für die EU darin, ein Bewusstsein für ihr Handeln zu

¹ Die 15 EU-Mitgliedstaaten vor der Erweiterung im Jahr 2004.



schaffen und die Bürger davon zu überzeugen, dass ihre Einrichtungen vertrauenswürdig sind.

Der zweite Aspekt betrifft die Bemühungen darum, die Bürger wissen zu lassen, dass ihre Stimme in der EU zählt. Das Vermögen der Europäer, sich am Entscheidungsprozess zu beteiligen, geht über traditionelle Mechanismen hinaus. Neben den demokratischen Wahlen, die alle vier Jahre abgehalten werden, haben die Bürger Europas bereits seit vielen Jahren das Recht, Petitionen zu Themen an das Europäische Parlament zu richten, die in den Tätigkeitsrahmen der Union fallen. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde außerdem das Recht für die Bürger festgeschrieben, an der Aufstellung der EU-Agenda mitzuwirken und durch die Europäische Bürgerinitiative Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen. Als Form der direkten politischen Teilhabe können die EU-Bürger die Europäische Kommission zu Erarbeitung eines Legislativvorschlags auffordern und damit ihr Mitspracherecht in Bezug auf die Entwicklung der EU-Politik ausüben. Das Bewusstsein für dieses Recht steigt: Dem Flash Eurobarometer 365 von November 2012

zufolge kannten 73 % der Europäer ihr Recht, bei einer Bürgerinitiative mitzuwirken. Im März 2010 lag dieser Wert noch bei 68 % (Europäische Kommission, 2013d). Bislang wurden jedoch nur 14 derartige Initiativen ins Leben gerufen.²

Der dritte Aspekt ist die Beziehung zwischen Vertrauen und Formen der aktiven Teilhabe, z. B. ehrenamtliche Tätigkeit. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass die Menschen durch ehrenamtliche Tätigkeit (in Bereichen, in denen Organisationen des öffentlichen Sektors und ehrenamtliche Organisationen gemeinsame Interessen haben) gut funktionierende Einrichtungen kennenlernen, und dass diese Erfahrungen zu einer Steigerung ihres Vertrauens in die Einrichtungen beiträgt (Sivesind et al., 2013). In der Studie wird auch der Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeiten betrachtet, die Europäer verrichten, sowie Möglichkeiten zu Steigerung der Beteiligung der Bürger, darunter Wahlen, stärkere Sensibilisierung, Möglichkeiten zur Meinungsäußerung und ehrenamtliche Tätigkeit.

² Weitere Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative siehe <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome>.

Wichtigste Erkenntnisse

- In den meisten Ländern hat das Vertrauen in nationale und europäische politische Einrichtungen seit Beginn der Wirtschaftskrise erheblich nachgelassen.
- Im Durchschnitt war das Vertrauen in die EU wesentlich höher als das Vertrauen in die nationale Regierung oder das nationale Parlament. In den letzten Jahren hat sich dieser „Vertrauensüberschuss“ immer weiter reduziert und erreichte schließlich im November 2011 einen noch nie dagewesenen Tiefstwert von 34 %.
- Bei den Vertrauensmustern herrschen nationale Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, doch bei Einzelpersonen zeichnet sich eine gewisse Kongruenz in Bezug auf das Maß des Vertrauens ab: Sie vertrauen entweder der EU und den nationalen Einrichtungen, oder ihnen mangelt es an Vertrauen in beide. Daher sind politische Maßnahmen erforderlich, die sich mit dem Vertrauen auf nationaler und supranationaler Ebene befassen.
- Während die Werte der traditionellen Formen der Teilhabe (z. B. Teilnahme an Versammlungen oder Kontaktaufnahme mit Politikern) sinken, sind die neuen, internetbasierten Formen der politischen Meinungsäußerung, z. B. elektronische Petitionen, auf dem Vormarsch. Dies bestätigt die Relevanz einer bestehenden europäischen Bürgerinitiative und weist auf die Notwendigkeit hin, das Potenzial zur Einbeziehung der Bürger weiter auszubauen.
- Das Vertrauen in Einrichtungen steht in positivem Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Wirtschaftssituation im eigenen Land sowie in negativem Zusammenhang mit der empfundenen Korruption. Dennoch ist es am engsten damit verknüpft, wie zufrieden die Bürger mit der Qualität der öffentlichen Dienste sind. Daher sollte die Forschungsarbeit in Richtung einer sorgfältigeren und breiter angelegten Überwachung der Leistungen von Einrichtungen gehen.
- Die künftige Dynamik des Vertrauens in nationale und europäische politische Einrichtungen kann durch die Erfolge beeinflusst werden, die Politikpakete der EU in Bezug auf die Förderung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Leistungen von Einrichtungen allgemein zeitigen werden, und zwar durch Methoden, die von der Öffentlichkeit befürwortet werden.

➔ Untersuchung der Problematik



Dynamik des Vertrauens in die Politik während der Krise

Dieser Überblick über empirische Nachweise beruht auf den nachstehenden sektorenübergreifenden europäischen Erhebungen.

- **Eurobarometer:** Hierbei handelt es sich um das Werkzeug der Europäischen Kommission zur Beobachtung der öffentlichen Meinung, das eine Reihe von thematischen Aspekten im Zusammenhang mit der EU und ihren politischen Strategien abdeckt. Im Rahmen von Eurobarometer wird der Grad des Vertrauens in die Politik kohärent beobachtet, indem die EU-Bürger darüber befragt werden, ob sie Vertrauen in bestimmte Einrichtungen haben.³
- **Europäische Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey, EQLS):** Die EQLS untersucht Aspekte der Lebensqualität der Bürger Europas, darunter das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und die Bürgerbeteiligung. Die EQLS gewinnt für den Beitrag von Eurofound zur politischen und akademischen Debatte zunehmend an Bedeutung.⁴

- **Europäische Sozialerhebung (European Social Survey, ESS):** Bei der ESS handelt es sich um eine akademische Sozialerhebung, die darauf abzielt, die Interaktion der sich verändernden Einrichtungen in Europa und die unterschiedlichen Einstellungen, Ansichten und Verhaltensmuster der europäischen Bevölkerung zu erklären und abzubilden.⁵

Sinkendes Vertrauen

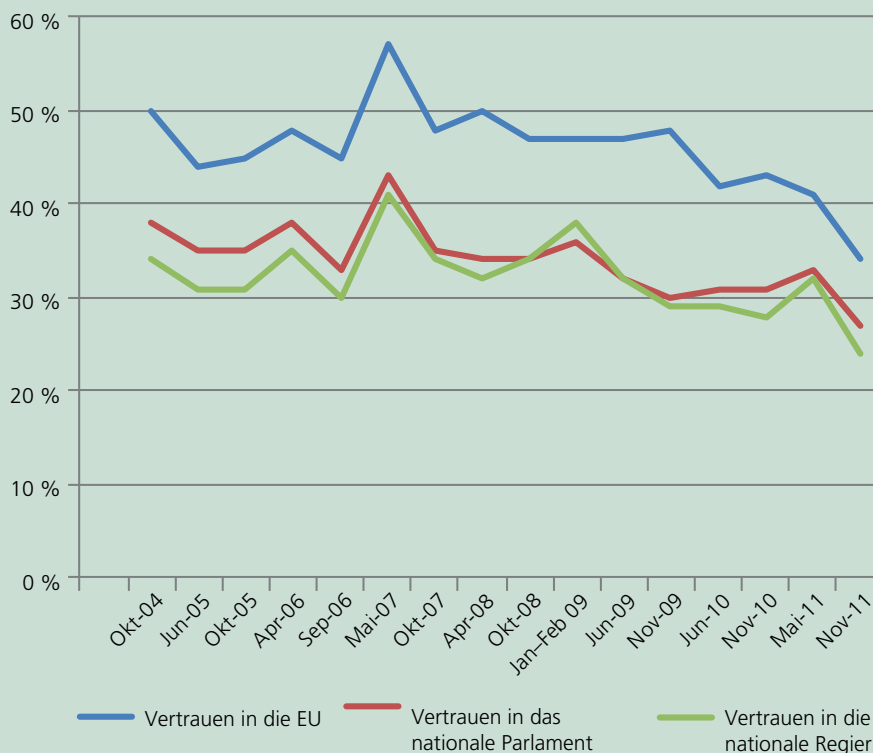
Das Maß an Vertrauen, das Europäer nationalen Regierungen, nationalen Parlamenten und der EU entgegenbringen, ist seit dem Jahr 2009 einem allgemeinen Abwärtstrend unterworfen (Abbildung 1). Während das Vertrauen in die EU größer war und ist als das Vertrauen in nationale Einrichtungen, zeichnet sich sein Rückgang im zeitlichen Verlauf deutlicher ab und hat sich dem Maß an Vertrauen in nationale Einrichtungen so stark wie nie zuvor angenähert. Obwohl die Menschen der EU immer noch mehr Vertrauen entgegenbringen als nationalen Einrichtungen – im Durchschnitt haben 34 % der EU-Bürger Vertrauen in die EU im Vergleich zu 24 %, die ihrer nationalen

³ Weitere Informationen zu den Eurobarometer-Erhebungen siehe http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm.

⁴ Weitere Informationen zur EQLS siehe <http://www.eurofound.europa.eu/surveys/eqls/index.htm>.

⁵ Weitere Informationen zur ESS siehe <http://www.europeansocialsurvey.org/>.

Abbildung 1: Anteil der Europäer, die ihrem nationalen Parlament, ihrer nationalen Regierung und der EU vertrauen, 2004-2011 (%)



Quelle: Eurobarometer 76, Europäische Kommission, 2011

Regierung vertrauen –, ist dies nicht überall der Fall. In Österreich, Finnland, Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich vertrauen die Bürger eher ihren nationalen Einrichtungen als der EU. Doch selbst vor der Krise wiesen einige dieser Länder hohe euroskeptische Bevölkerungsanteile auf. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Länder, in denen das Vertrauen in die EU höher ist als in die nationale Regierung. Hierzu zählen die Länder, die von der Krise am schwersten getroffen wurden: In Griechenland vertrauen beispielsweise 29 % der Bürger der EU und nur 8 % der nationalen Regierung.

Die EQLS zeigt, dass das Vertrauen in die nationale Regierung zwischen 2007 und 2011 in 20 der 27 Mitgliedstaaten gesunken ist.⁶ Der größte Rückgang beim Vertrauen war im Durchschnitt in Zypern, Griechenland, Rumänien, der Slowakei und Spanien zu verzeichnen (Einzelheiten siehe Anhang).⁷ Nur in Bulgarien, Ungarn, Lettland und Schweden war der Erhebung zufolge ein erheblicher Vertrauenszuwachs zu beobachten, wobei dieser niedriger ausfiel als der in Griechenland oder Spanien erfasste Rückgang. Die Eurobarometer-Erhebung stütze sich zwar auf eine andere Frage- und Antwort-Skala⁸,

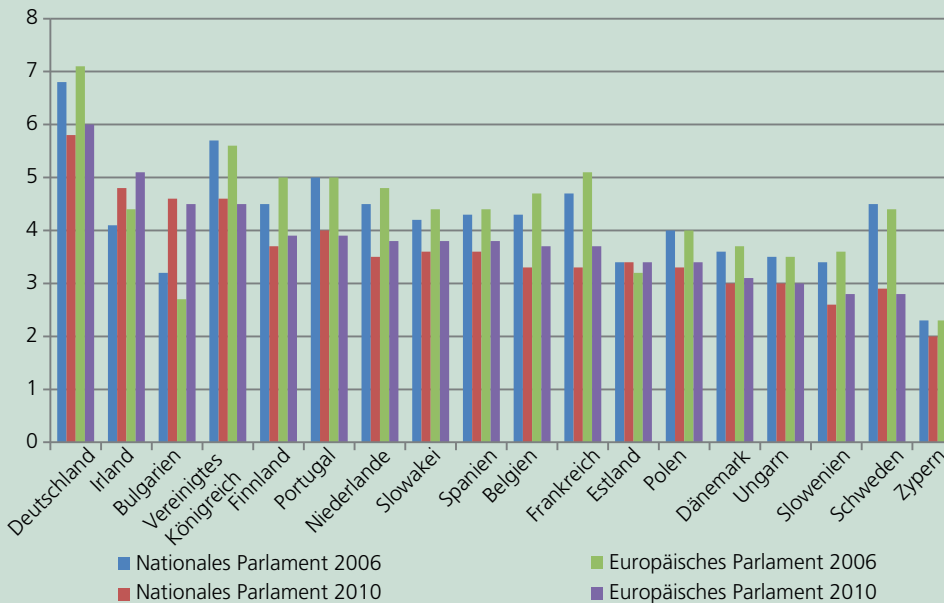
⁶ Zum Zeitpunkt der Analyse zählte die EU 27 Mitgliedstaaten, Kroatien war noch Kandidatenland.

⁷ Die EQLS-Frage Q28 lautete: „Bitte geben Sie anhand einer Skala von 1 bis 10 an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Institutionen haben wobei 1 bedeutet, dass Sie der Institution überhaupt nicht vertrauen, und 10 bedeutet, dass Sie der Institution voll und ganz vertrauen.“ Relevante Antworten: a. Dem (Nationalität) Parlament, e. Der Regierung

⁸ Die Frage QA10 im Eurobarometer 76 lautete: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.“ Relevante Antworten: 6. Der [Nationalität] Regierung, 7. Dem [Nationalität] Parlament], 8. Der Europäischen Union.



Abbildung 2: Vertrauen in die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten, 2006 und 2010



Hinweis: Skala = 0-10
Quelle: ESS 2006 und 2010

ergab aber ein ähnliches Bild: Beim Anteil der Befragten in 24 der 27 Mitgliedstaaten, die ihrer nationalen Regierung vertrauen, war im Zeitraum 2007-2011 ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen; die Höchstwerte entfielen hierbei auf Zypern, Griechenland und Spanien.

Unabhängig davon, ob die Bürger eher den nationalen Einrichtungen oder der EU vertrauen, scheint die Entwicklung – in den meisten Fällen abnehmendes Vertrauen – parallel zu verlaufen. Entsprechende Nachweise liefert die ESS, die das Vertrauen in die nationalen Parlamente sowie das Europäische Parlament in 18 Mitgliedstaaten der EU misst (siehe Abbildung 2).

Die Ergebnisse der ESS 2006 und 2010 zeigen, dass in den meisten Fällen der Vertrauensverlust sowohl das nationale Parlament als auch das

Europäische Parlament betrifft. Entsprechend war in den beiden Ländern, in denen das Vertrauen in das nationale Parlament zunahm (Irland und Bulgarien) oder unverändert blieb (Estland und Zypern) eine ähnliche Entwicklung für das Europäische Parlament zu beobachten.⁹

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass alle drei Erhebungen belegen, dass das Vertrauen in die politischen Einrichtungen in den meisten Ländern nachlässt. Da die Zahlen jedoch eher auf ein abnehmendes Vertrauen in politische Einrichtungen allgemein hindeuten, anstatt die Europäische Union gezielt herauszugreifen, scheint es angebracht, geeignete politische Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen sowohl auf nationaler als auch auf supranationaler Ebene wiederherzustellen.

⁹ Im Rahmen der ESS wurde gefragt: „Bitte zeigen Sie mir anhand dieser Karte auf einer Skala von 0-10, wie sehr Sie den Einrichtungen vertrauen, die ich Ihnen vorlese. Dabei bedeutet 0, dass Sie einer Einrichtung gar nicht vertrauen, und 10, dass Sie volles Vertrauen in die Einrichtung haben.“ Relevante Antworten: B4 Parlament [des Landes], B9 Europäisches Parlament.

Welchen Gruppen europäischer Bürger muss besondere Aufmerksamkeit zukommen?

Wirtschaftliche Rezession löst sogar bei Menschen Angst aus, die nicht direkt von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen sind (Polavieja, 2013). Es werden allerdings in erster Linie politische Lösungen benötigt, die auf jene Gruppen von Europäern abzielen, denen es am ehesten an Vertrauen mangelt.

Eine Folge der Krise besteht darin, dass die Anzahl der Menschen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben, seit 2007 erheblich gestiegen ist. Dadurch steigt der Druck auf die Regierungen, das Vertrauen ihrer Wähler zu erhalten (Abbildung 3). Die EQLS zeigt, dass insbesondere die Europäer, deren finanzielle Lage schwierig ist, wenig Vertrauen in die nationale Regierung haben (Abbildung 4).

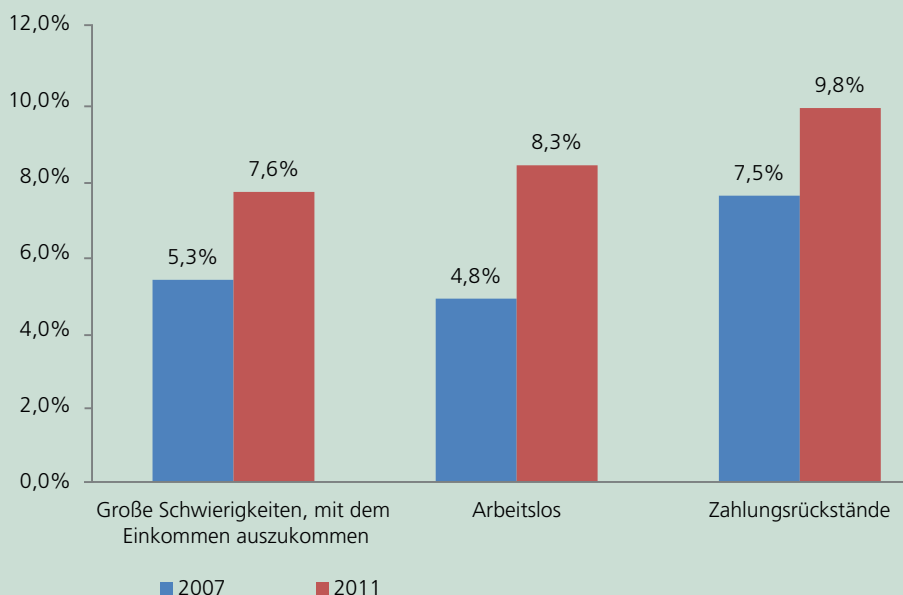
Das Misstrauen gegenüber der EU ist ebenfalls unter Europäern weit verbreitet, deren finanzielle Lage schwierig ist. Das Eurobarometer 76 hat ergeben, dass 65 %

der Befragten, die nach eigenen Angaben meist Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, der Europäischen Union eher nicht vertrauen. Diese Meinung teilen 61 % der arbeitslosen Europäer (Europäische Kommission, 2011). Die Tendenz, der EU zu misstrauen, ist unter den Befragten, die nach eigener Auffassung nicht wissen, wie die EU funktioniert, und den Befragten, deren Stimme ihrer Meinung nach nicht zählt, gleich hoch (63 % bzw. 64 % mangelt es an Vertrauen in die EU).

Interaktion zwischen der nationalen und der europäischen Ebene

Muñoz et al. (2011) haben die Beziehung zwischen dem Vertrauen in die nationalen Parlamente und in das Europäische Parlament anhand einer Gegenüberstellung der Hypothesen der Kongruenz und der Kompensation analysiert. Die ESS-Daten zeigen, dass in Ländern, in denen die Qualität der Governance der nationalen Einrichtungen niedriger ist, ein höheres Vertrauen in das

Abbildung 3: Anteil der Europäer, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben (%), EU-27, 2007 und 2011



Quelle: EQLS 2007 und 2011



Europäische Parlament herrscht. Das bedeutet, dass von den EU-Organen erwartet wird, dass sie Mängel im nationalen politischen Kontext „kompensieren“. In wenigen Ländern, in denen die Qualität der Governance sowie das Vertrauen in nationale Einrichtungen relativ hohe Werte aufweisen, bringen die Bürger dem Europäischen Parlament weniger Vertrauen entgegen als dem jeweiligen nationalen Parlament. Auf Ebene der einzelnen Personen hängen die Unterstützung für das nationale Parlament und die Unterstützung für das Europäische Parlament positiv zusammen, d. h. sie sind kongruent. Es ist jedoch zu bedenken, dass diese Studie auf Daten beruht, die vor der Krise erhoben wurden.

Eine weitergehende Untersuchung der Interaktion zwischen dem Ausmaß an Vertrauen in Einrichtungen auf nationaler und europäischer Ebene durch Arnold et al. (2012) anhand von Eurobarometer-Daten aus dem Zeitraum 2005-2010 hat im Großen und Ganzen zum einen die Erkenntnisse zur Kongruenz auf Ebene der einzelnen Länder und zum anderen die Erkenntnisse zur Kompensation unter Berücksichtigung nationaler Unterschiede bei

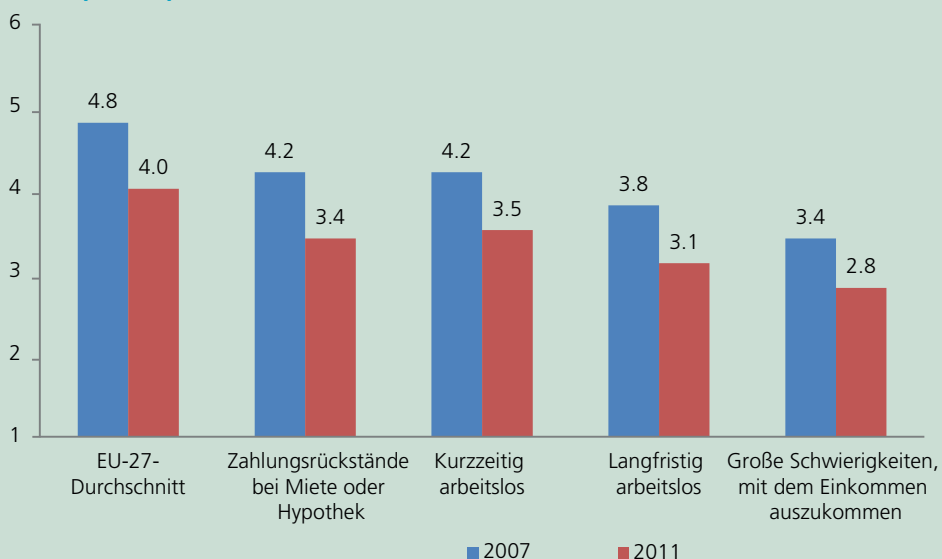
der Governance bestätigt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung weisen jedoch außerdem darauf hin, dass noch sorgfältigere Forschungsarbeit nötig ist, um die Auswirkungen verschiedener Elemente der Qualität der nationalen Governance besser zu erklären.

Anhand einer weiteren Untersuchung der Daten legt die Studie nahe, dass möglicherweise neue Faktoren Einfluss auf das Vertrauen in die nationalen und europäischen politischen Einrichtungen nehmen. Dies sind:

- die Diskussionen über die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise, in erster Linie die Probleme der nationalen öffentlichen Schulden und der Rolle der EU bei diesem Prozess;
- die allgemeine Güte eines breiten Spektrums öffentlicher Einrichtungen, nicht nur des Parlaments oder der Regierung.

Eine spezifische Auswirkung der Krise auf das Vertrauen in die Politik steht in Zusammenhang mit der erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für das im Wandel befindliche Wirtschaftsklima und dessen umfassende Folgen.

Abbildung 4: Vertrauen in nationale Regierungen nach sozioökonomischer Situation, EU-27, 2007 und 2011



Hinweis: Skala = 1-10
Quelle: EQLS 2007 und 2011

Wie bereits erwähnt, waren Arbeitslosigkeit und das Verhältnis der öffentlichen Schulden zum BIP während der Krise wichtige Faktoren im Zusammenhang mit dem rückläufigen Vertrauen in die nationalen Parlamente und Regierungen in der EU-15 (Roth et al., 2011). Weitere Untersuchungen werden Aufschluss darüber geben, wie die Beteiligung der EU am Umgang mit den öffentlichen Schulden (über die Europäische Zentralbank) sich auf das Vertrauen in die Politik ausgewirkt hat: Ist das Vertrauen in die EU als Kompensation für die in einer schwierigen Lage befindlichen nationalen Einrichtungen gestiegen und wenn ja, in welcher Hinsicht? Gab es lediglich einen „kongruenten“ Abwärtstrend bei den Vertrauensniveaus (wie einfache beschreibende Statistiken nahelegen) und wenn ja, inwiefern? Die je nach Land unterschiedliche Wahrnehmung der Krise und die Rolle der EU bei ihrer Bewältigung erfordern möglicherweise neue Ansätze für die Untersuchung des Vertrauens in politische Einrichtungen, da sich die euroskeptische Haltung in allen Mitgliedstaaten während der Krise verstärkt hat, auch wenn es in jedem Land dafür unterschiedliche und recht polarisierende Gründe gibt (Habermas, 2013, S. 2).

Eine eingehendere Auswertung der EQLS-Ergebnisse hat gezeigt, dass die Qualität der Governance sich insofern auf das durchschnittliche Vertrauen in nationale politische Einrichtungen (Parlament, Regierung, Rechtssystem und Polizei) in Europa auswirkt, als das Vertrauen durch empfundene Korruption negativ beeinflusst wird (Eurofound, 2013). Darüber hinaus wird das Vertrauen gemäß Muñoz et al. (2011) positiv durch die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation des jeweiligen Landes beeinflusst, was die Erkenntnisse der ökonomischen Analyse von Roth et al. (2011) bekräftigt. Die größte Wirkung hat jedoch die Zufriedenheit der Bürger mit der Qualität der öffentlichen Dienste. Gemessen auf einer Skala von 1 bis 10 liegt das Vertrauen in nationale Einrichtungen in der EU-27 im Durchschnitt bei 4,85. Ein Anstieg der Zufriedenheit mit den öffentlichen Diensten um einen Punkt hatte allerdings eine Zunahme des Vertrauens in diese Einrichtungen von 4,85 auf 5,22 zur Folge (Abbildung 5).

Diese Bedeutung der öffentlichen Dienste sollte die Forschungsarbeit in Richtung einer sorgfältigeren und breiter angelegten Überwachung der Güte von Einrichtungen lenken. Die künftige Dynamik des Vertrauens in nationale und europäische politische Einrichtungen kann durch die Erfolge beeinflusst werden, die Politikpakete der EU in Bezug auf die Förderung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und die Leistungen von Einrichtungen allgemein zeitigen werden, und zwar durch Methoden, die von der Öffentlichkeit befürwortet werden.

Wiederherstellung des Vertrauens in die politischen Organe Europas

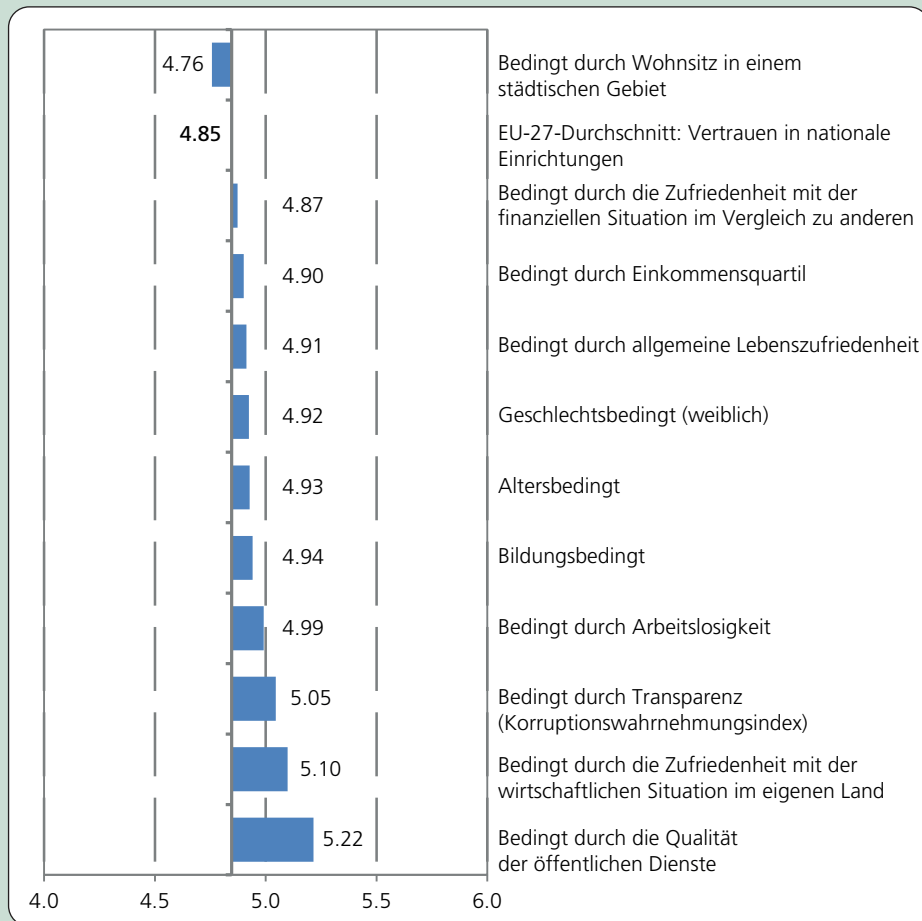
Verstärkte Sensibilisierung

Eine kürzlich durchgeführte vergleichende Analyse der Beziehung zwischen dem Vertrauen in die Politik und Formen der politischen Teilhabe in Europa ergab, dass die Wahlbeteiligung nicht nur durch Vertrauen in die Politik, sondern auch durch eine Kombination aus Vertrauen und Sensibilisierung gesteigert wird (Hooghe und Marien, 2013). Die Bürger Europas bekunden kohärent ihr Interesse, mehr Informationen über die EU zu erhalten. Unter den europäischen Wählern herrscht die weitgehend einhellige Meinung, dass die Wahlbeteiligung bei europäischen Wahlen höher ausfallen würden, wenn mehr Informationen über die Wahlen, die Auswirkungen der EU auf das tägliche Leben der Bürger sowie die Programme und Ziele der Kandidaten und Parteien im Europäischen Parlament zur Verfügung gestellt würden (Europäische Kommission, 2013c).

Trotz konzertierter Bemühungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments bleibt das Bewusstsein der Bürger für Themen der EU jedoch weiterhin niedrig. Noch beunruhigender ist in diesem Zusammenhang der anhaltende Eindruck der Bürger, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Ebenso wie beim Vertrauen sind auch hier die Menschen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders negativ eingestellt: Die Auffassung, dass die eigene Stimme nicht zählt, vertreten 75 % der Europäer, die Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen



Abbildung 5: Ausschlaggebende Faktoren für das Vertrauen in nationale öffentliche Einrichtungen, EU-27



Hinweis: Bei diesem auf einem Gesamtmittelwert (Grand Mean) basierenden Modell entspricht der Gesamtmittelwert dem durchschnittlichen Vertrauen in vier öffentliche Einrichtungen (nationales Parlament, nationale Regierung, Rechtssystem und Polizei) auf einer Skala von 1 bis 10. Die Qualität der öffentlichen Dienste entspricht dem Durchschnitt der Qualitätsbewertungen seitens der Befragten auf einer Skala von 1 bis 10 in folgenden Bereichen: Gesundheitsdienste, Bildungssystem, öffentliche Verkehrsmittel, Einrichtungen zur Kinderbetreuung, Langzeitpflegeleistungen und staatliches Rentensystem.
Quelle: EQLS 2011 (siehe Eurofound, 2013)

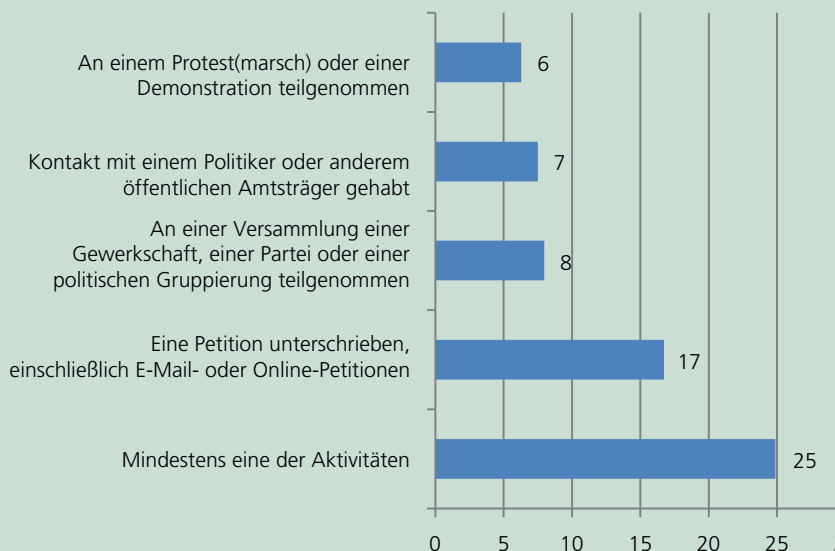
auszukommen, sowie 70 % der Arbeitslosen, im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 65 % (Europäische Kommission, 2011).

Neue Formen der Meinungsäußerung für Bürger

Die Daten der EQLS 2007 und 2011 zu Formen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe lassen die steigenden Zahlen von

europäischen Bürgern erkennen, die sich durch die Unterzeichnung von Petitionen (auch elektronische Petitionen bzw. Online-Petitionen) an politischen Maßnahmen beteiligt haben. Im Durchschnitt hat einer von vier Europäern der EQLS 2011 zufolge mindestens einmal gesellschaftliche oder politische Bedenken geäußert (Abbildung 6). Während die Beteiligung an traditionellen Formen der

Abbildung 6: Ausmaß der Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, EU-27 (%)



Quelle: EQLS 2011 (siehe Eurofound, 2012, S. 89)

Teilnahme, die eine persönliche Interaktion erforderlich machen (z. B. Teilnahme an einer Versammlung bzw. Veranstaltung oder Kontaktaufnahme mit einem Politiker oder einem anderen öffentlichen Amtsträger) noch einstellige Werte aufweist und seit 2007 um einige Prozentpunkte gefallen ist, hat der Anteil der Menschen, die eine Petition unterzeichnet haben, zugenommen.

Die Äußerung der eigenen Meinung durch Petitionen steht in positivem Zusammenhang mit der Nutzung des Internets zu anderen Zwecken als für die Arbeit: Drei Viertel der Menschen, die eine Petition unterzeichnet haben, nutzen das Internet täglich. Der Anteil der Menschen, die eine Petition unterzeichnet haben und das Internet täglich nutzen, beträgt 27 % gegenüber 5 % bei den Menschen, die das Internet nicht nutzen. Dies legt den Schluss nahe, dass es sich bei den von den Befragten unterzeichneten Petitionen größtenteils um Online-Petitionen handelte (Eurofound, 2012, S. 90).

Obwohl u. U. gewisse Vorbehalte in Bezug auf die Zusammensetzung und den Umfang

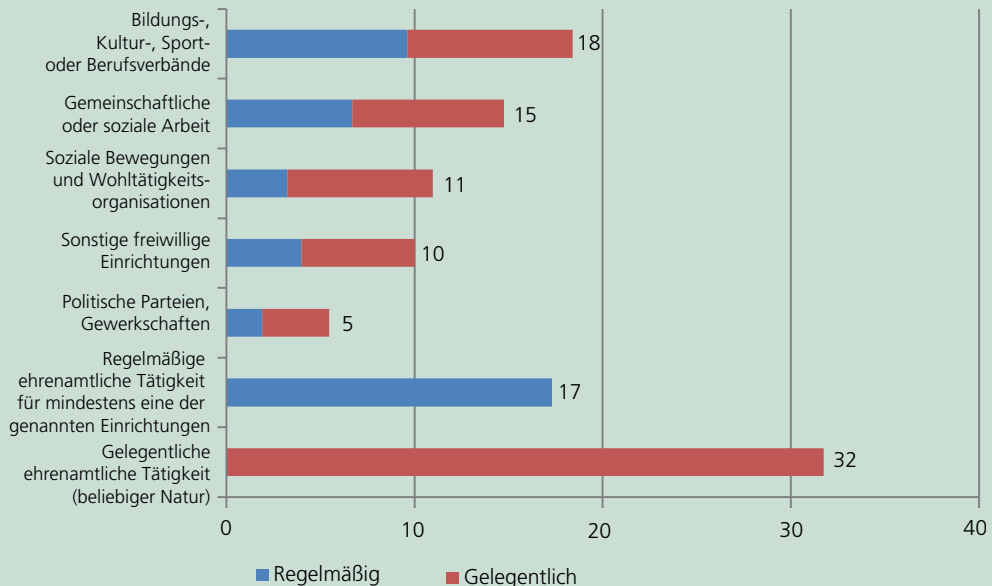
des Engagements der Internetgemeinschaft bestehen, vermitteln diese neuen Daten dennoch eine positive Botschaft. Zunächst bestätigen sie die derzeitige und künftige Relevanz des Mechanismus Bürgerinitiative, der mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt wurde. Zweitens herrscht unter den Menschen, die eine Petition unterzeichnet haben, ein Geschlechtergleichgewicht, was auf einen Wandel gegenüber den traditionellen Formen der Teilnahme hindeutet, die insgesamt von einer etwas höheren Beteiligung von Männern geprägt sind.

Gruppen mit geringerem Bildungsniveau und niedrigerem Einkommen sind unter den Befragten, die ihre Meinung insbesondere über das Internet äußern, jedoch nur geringfügig vertreten.

Diese Tatsache ist nicht zu vernachlässigen. Stattdessen sollte ein Rahmen für verschiedene Formen der Teilnahme gefördert werden, der nicht nur der Demokratie zugutekommt, sondern auch dazu beiträgt, dass weniger Bürger sich vor dem Hintergrund der Krise ausgeschlossen fühlen.



Abbildung 7: Anteil der Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten nach Art und Häufigkeit, EU-27 (%)



Quelle: EQLS 2011

Vertrauen und ehrenamtliche Tätigkeit

Die EQLS hat ergeben, dass die befragten Europäer, die einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen, ihrer nationalen Regierung eher vertrauen als jene Befragten, die nicht ehrenamtlich arbeiten. Dabei ist die Tätigkeit an sich wichtiger als ihre Häufigkeit. Menschen, die jeden Monat ehrenamtlich für soziale Organisationen, politische Parteien oder Gewerkschaften tätig sind, haben mit einem Wert von 4,8 auf einer Skala von 1 bis 10 das größte Vertrauen in ihre nationale Regierung, während das Vertrauen mit einem Wert von 3,9 unter den Befragten am niedrigsten ist, die nie ehrenamtlich für irgendeine Art von Einrichtung arbeiten.

Abbildung 7 zeigt, dass einer von drei Europäern (32 %) im vergangenen Jahr eine ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt hat. Im Durchschnitt tun dies 17 % der Befragten regelmäßig – jede Woche oder jeden Monat. Die meisten Menschen engagieren sich dabei in Bildungs-, Kultur-, Sport- oder Berufsverbänden (18 %), durch gemeinschaftliche Arbeit (15 %), in sozialen Bewegungen oder Wohltätigkeitsorganisationen

(11 %) und anderen Arten von Organisationen, darunter auch religiöse Vereinigungen (10 %) sowie politische Parteien und Gewerkschaften (5 %). Die meisten regelmäßig ehrenamtlich Tätigen (die jede Woche oder jeden Monat ehrenamtlich arbeiten) leisten ihre Arbeit für eine bestimmte Art von Organisation. 5 % von ihnen sind jedoch für mehr als eine Art von Organisation ehrenamtlich tätig.

In Bezug auf das soziale Profil der ehrenamtlich Tätigen spielen Bildung und Einkommen eine wichtige Rolle; dies entspricht auch den Erkenntnissen der meisten Quellen in der Literatur. Etwa die Hälfte (48 %) der Befragten mit einem Hochschulabschluss war in den 12 Monaten vor der Erhebung ehrenamtlich tätig, im Vergleich zu weniger als einem Drittel (29 %) der Befragten mit einem sekundären Bildungsabschluss. Es gibt fast doppelt so viele regelmäßig ehrenamtlich Tätige mit einem Hochschulabschluss (29 %) als mit einem sekundären Bildungsabschluss (15 %). Während auf der Ebene des Einzelnen die Bildung Auswirkungen auf das

Einkommen hat, variieren die Auswirkungen des Einkommens auf die Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit je nach Land. Insgesamt beträgt in der EU-12¹⁰ der Anteil der ehrenamtlich Tätigen im niedrigsten Einkommensquartil die Hälfte des Anteils im höchsten Quartil (15 % gegenüber 30 %). Die entsprechenden Werte für das niedrigste und das höchste Einkommensquartil in der EU-15 belaufen sich auf 28 % und 42 %.

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen von ehrenamtlicher Tätigkeit und Vertrauen (Sivesind et al., 2013) ist es interessant zu beobachten, dass

Nichtregierungsorganisationen (NRO) nach Auffassung eines erheblichen Anteils der Europäer Einfluss auf die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene nehmen können. Ein noch höherer Anteil der Befragten glaubt, dass NRO auf nationaler Ebene Einfluss nehmen können (Europäische Kommission, 2013e). Es ist jedoch zu beachten, dass es bei ehrenamtlicher Tätigkeit nicht nur um die Motivation des Einzelnen, sondern auch um Rahmenbedingungen und Infrastruktur geht. Daher variieren die Rolle der NRO sowie Gelegenheitsstrukturen für die Teilhabe des Einzelnen zwischen den Mitgliedstaaten.

¹⁰ Die 12 EU-Mitgliedstaaten, die in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind.



Empfehlungen für die Politik



Das Vertrauen in politische Einrichtungen hat seit Beginn der Wirtschaftskrise erheblich nachgelassen. Es überrascht nicht, dass dieser Vertrauensschwund am stärksten in den Ländern und unter jenen Menschen zu beobachten ist, die von der Krise am schlimmsten getroffen wurden. Der vorliegende Kurzbericht hebt hervor, dass die Krise sich ebenso sehr auf das Vertrauen der Menschen in die nationalen Regierungen auswirkt wie auf das öffentliche Vertrauen in die Europäische Union, wenn nicht sogar stärker.

Leider deutet die Wirtschaftsprognose für den Zeitraum bis Mitte 2014 nicht auf nennenswerte Verbesserungen hin. Damit steigt der Druck auf die EU noch weiter, das Vertrauen vor der Europawahl im Juni 2014 wiederherzustellen. Im Einklang mit Forschungsergebnissen, denen zufolge die Teilhabe der Bürger und die Wahlbeteiligung mit einer Kombination aus Vertrauen und Sensibilisierung verknüpft sind, verstärkt die EU derzeit im Rahmen des Europäischen Jahrs der Bürgerinnen und Bürger ihre Bemühungen, mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten und ihr Gehör zu schenken. Vor dem Hintergrund dieses Dialogs sollten die von der EU zu ergreifenden Maßnahmen erörtert werden. Nachstehend sind verschiedene Empfehlungen aufgeführt.

Um das Vertrauen der Bürger in das Projekt Europa durch Vertrauen in wichtige Organe der Europäischen Union wiederherzustellen, sollte die EU in zweierlei Hinsicht auf den jüngsten Rückgang des Vertrauens in die Politik reagieren.

Zunächst einmal muss verstärkt darüber informiert werden, welche Maßnahmen auf europäischer Ebene bereits unternommen wurden, um den nationalen Einrichtungen bei der Bewältigung der Folgen und Ursachen der Krise zu helfen.

Es besteht Kommunikationsbedarf, um die Darstellung des Vertrauensverlusts als alleiniges Problem der EU-Organe abzuwehren und zu verdeutlichen, dass die EU ein breites Spektrum von Maßnahmen, z. B. das Sozialinvestitionspaket, ins Leben gerufen hat, um den nationalen Regierungen den Weg aus der Krise zu ermöglichen. Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger dient als Medium und als Plattform, um die Maßnahmen der EU hervorzuheben, mit denen sie die Bürger bei der Bewältigung der Krise unterstützt. Dieser Kommunikationsbedarf ist besonders dringend im Hinblick auf die im Jahr 2014 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, bei denen die Gefahr besteht, dass antieuropäische und populistische Parteien

sich durchsetzen, indem sie Europa für die Krise verantwortlich machen.

Zweitens müssen Maßnahmen zur Stärkung des nationalen Vertrauens gefördert werden. Im Hinblick auf praktische Schritte zur Unterstützung der Wiederherstellung des Vertrauens in nationale Einrichtungen sind die nachstehenden Aspekte von Bedeutung:

- Die Verbesserung der Situation gefährdeter Gruppen, die eher wenig Vertrauen in die Politik haben, z. B. Arbeitslose und Menschen, deren finanzielle Lage schwierig ist, kann dazu beitragen, der Unzufriedenheit die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Die jüngste Abkehr vom politischen Sparkurs in Richtung eines stärkeren Fokus auf Förderung der Beschäftigung sollte dabei helfen, insbesondere das Vertrauen jener europäischen Bürger zu stabilisieren, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Mit Hilfe der Strategie „Europa 2020“ ist die EU in der Lage, den Mitgliedstaaten einen Austausch darüber zu ermöglichen, welche Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verringerung der sozialen Ausgrenzung am besten geeignet sind.
- Um das Vertrauen der Bürger in die Politik zu erhalten oder zu stärken, sollte die Aufmerksamkeit jedoch nicht nur auf der Politik und politischen Einrichtungen liegen; auch gute Leistungen einer Reihe wichtiger öffentlicher Dienste sind sicherzustellen. Es ist zu beachten, dass damit nicht unbedingt höhere Ausgaben gemeint sind, sondern dass eine Verbesserung der Gleichbehandlung beim Zugang, der Transparenz in der Verwaltung und anderer Aspekte der allgemeinen Güte von Einrichtungen nötig sein kann.
- Um die Entwicklung institutioneller Kapazitäten und die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen anzugehen, ist eine sorgfältigere Überwachung der Leistungen von Einrichtungen erforderlich, da das Vertrauen in politische Einrichtungen mit den Leistungen einer

breiter angelegten Palette öffentlicher Einrichtungen einhergehen kann, die wichtige Dienstleistungen für die Gesellschaft bereitstellen.

Neue Wege der Interaktion mit Bürgern müssen erarbeitet werden, um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu erlangen. Auf diese Weise wird wiederum die Legitimität der EU-Organen gestärkt.

- Die immer bessere Zugänglichkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien für die gesellschaftliche und politische Meinungsäußerung legen nahe, dass zur Steigerung der Teilhabe der Bürger, einschließlich der Wahlbeteiligung, neue Möglichkeiten erprobt werden müssen, um den Bürgern Gehör zu schenken. Es sind nicht mehr nur die jüngsten Europäer, die ihre Ansichten zu Themen von öffentlichem Interesse über das Internet und soziale Medien kundtun. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass soziale Medien auch ein beliebtes Medium zur Verbreitung antieuropäischer Meinungen darstellen. Der Inhalt der Botschaft und die Wirksamkeit der Argumentation zählen ebenso sehr wie das Medium selbst.
- Neben der Erprobung und Nutzung moderner Kommunikationskanäle und neuer Formen der politischen Teilhabe zeigen die im vorliegenden Kurzbericht vorgestellten Forschungsergebnisse die potenziellen Vorteile einer direkten Beteiligung, z. B. durch ehrenamtliche Tätigkeit, in Bezug auf die Sensibilisierung auf. Darüber hinaus lassen die Forschungsergebnisse ebenfalls darauf schließen, dass die Menschen durch ehrenamtliche Tätigkeit (in Bereichen, in denen Organisationen des öffentlichen Sektors und ehrenamtliche Organisationen zusammentreffen) gut funktionierende Einrichtungen kennenlernen, und dass diese Erfahrungen zu einer Steigerung ihres Vertrauens in die Einrichtungen beitragen. Hiervon könnte die EU profitieren, wenn sie politische Strategien entwickelt, mit denen die Möglichkeiten für die Menschen verbessert werden, sich an Dialogen und Maßnahmen zu beteiligen, darunter auch ehrenamtliche Tätigkeiten.



→ Europäische NRO können bei der Unterstützung und Entwicklung neuer Formen und Mechanismen der Konsultation und Beteiligung in allen europäischen Ländern eine Rolle spielen. Zahlreiche ehrenamtliche Organisationen sind in Europa in sozialpolitischen Sektoren aktiv, z. B. COFACE im Bereich der Familienfürsorge, Eurochild auf dem Gebiet des Wohlergehens von Kindern oder CECODHAS im Bereich Wohnraum und Unterbringung. Diese Organisationen tauschen Wissen und bewährte Praktiken über die Grenzen

der Mitgliedstaaten hinweg aus, rufen zu mehr Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf und engagieren sich für die Sensibilisierung für die EU-Politik in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern. Durch die Beteiligung an dieser Art von Organisationen erhalten ehrenamtlich Tätige Informationen über die Rolle der EU und die Funktionsweise ihrer Organe. Dies sollte den Forschungsergebnissen zufolge positive Auswirkungen auf das Vertrauen und schließlich auf das politische Engagement haben.

Weiterführende Literatur

Alle Eurofound-Veröffentlichungen sind abrufbar unter:
www.eurofound.europa.eu

Arnold, C., Sapir, E. V. und Zapryanova, G. (2012), „Trust in the institutions of the European Union: A cross-country examination“, in: *European Integration online Papers (EIoP)*, Special Mini-Issue 2, *Beyond Euro-skepticism: Understanding attitudes towards the EU*, Vol. 16.

Eurofound (2012), 3. Europäische Erhebung zur Lebensqualität – Lebensqualität in Europa: Auswirkungen der Krise, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Eurofound (2013), 3. Europäische Erhebung zur Lebensqualität: Qualität der Gesellschaft und der öffentlichen Dienste, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Europäische Kommission (2007), Eurobarometer 67, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2011), Eurobarometer 76, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union – Erste Ergebnisse, Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2013a), Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt – einschließlich Durchführung des Europäischen Sozialfonds 2014-2020, COM(2013) 83 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013b), *Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Europäische Kommission (2013c), *Flash Eurobarometer 364: Wahlrecht*, Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2013d), *Flash Eurobarometer 365: Unionsbürgerschaft der Europäischen Union*, Europäische Kommission, Brüssel.

Europäische Kommission (2013e), *Flash Eurobarometer 373: Europeans' engagement in participatory democracy*, Europäische Kommission, Brüssel.

Habermas, J. (2013), „Democracy, solidarity, and the European crisis“, Euroforum-Vortrag, KU Leuven, 26. April, Leuven, Belgien.

Hooghe, M. und Marien, S. (2013), „A comparative analysis of the relation between political trust and forms of political participation in Europe“, in: *European Societies*, Vol. 15, No. 1, S. 131-152.

Muñoz, J., Torcal, M. und Bonet, E., (2011), „Institutional trust and multilevel government in the European Union: Congruence or compensation?“, in: *European Union Politics*, Vol. 12, No. 4, S. 551-574.

Pew-Forschungszentrum (2013), *The new sick man of Europe: The European Union*, Pew Research Center, Washington, D.C.

Polavieja, J. G. (2013), „Economic crisis, political legitimacy and social cohesion“, erscheint in: Gallie, D. (Hrsg.) (2013), *Economic Crisis, Quality of Work and Social Integration: The European Experience*, Oxford: Oxford University Press.

Roth, F., Nowak-Lehmann, F. und Otter, T. (2011), Has the financial crisis shattered citizens' trust in national and European governmental institutions? Evidence from the EU member states, 1999-2010, CEPS Working Document No. 343, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel.

Sivesind, K. H., Pospíšilová, T. und Frič, P. (2013), „Does volunteering cause trust?“, in: *European Societies*, Vol. 15, No. 1, S. 131-152.



Anhang

Tabelle A1: Vertrauen in die nationale Regierung und in die EU nach Land

Land	EQLS		Eurobarometer			
	Durchschnittliches Vertrauen in die nationale Regierung (1–10)		Anteil, der eher der nationalen Regierung vertraut		Anteil, der eher der EU vertraut	
	2011	Differenz gegenüber 2007	2011	Differenz gegenüber 2007	2011	Differenz gegenüber 2007
Griechenland	2,09	-2,68	8 %	-33	29 %	-34
Spanien	3,67	-1,79	16 %	-36	30 %	-35
Rumänien	2,52	-1,78	10 %	-9	50 %	-15
Zypern	3,64	-1,77	29 %	-35	47 %	-14
Slowakei	3,17	-1,73	21 %	-21	48 %	-18
Slowenien	2,83	-1,38	12 %	-24	38 %	-30
Portugal	3,19	-1,09	24 %	-22	31 %	-34
Estland	4,47	-1,02	49 %	-17	51 %	-21
Österreich	4,75	-1,01	46 %	-11	34 %	-12
Frankreich	4,02	-1,01	21 %	-15	30 %	-21
Litauen	2,98	-0,96	18 %	-8	50 %	-15
Irland	3,91	-0,94	22 %	-19	24 %	-30
Dänemark	5,71	-0,93	42 %	-25	50 %	-15
Italien	3,01	-0,88	12 %	-25	32 %	-26
Belgien	4,46	-0,60	34 %	-28	50 %	-23
Niederlande	5,40	-0,54	45 %	-28	42 %	-27
Finnland	6,11	-0,52	56 %	-19	44 %	-17
Malta	4,95	-0,48	27 %	-24	41 %	-25
Tschechische Republik	3,27	-0,43	15 %	-12	38 %	-23
Luxemburg	6,52	-0,23	68 %	2	47 %	-15
Polen	3,46	-0,03	28 %	10	47 %	-21
Vereinigtes Königreich	4,35	0,01	21 %	-14	17 %	-19
Deutschland	4,90	0,06	32 %	-17	30 %	-26
Kroatien*	4,19	0,16	30 %	-10	51 %	-15
Ungarn	3,55	0,22	26 %	-1	47 %	-14
Schweden	6,04	0,30	61 %	6	43 %	-13
Bulgarien	3,55	0,34	38 %	16	59 %	5
Lettland	3,05	0,46	19 %	-1	40 %	-7

* EQLS 2012. Die EQLS wurde im Jahr 2011 in den 27 EU-Mitgliedstaaten und im Jahr 2012 in sieben der neun Länder durchgeführt, die am Erweiterungsprozess beteiligt waren, darunter auch Kroatien, das im Juli 2013 Mitgliedstaat wurde. Hinweis: Die Zahlen in Rot geben das geringste Maß an Vertrauen oder den größten Vertrauensverlust in der EU an.

„Ich betone nochmals ausdrücklich: Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht durch reine Rhetorik und Versprechungen überzeugen, sondern nur durch konkrete gemeinsame Erfolge. Wir müssen zeigen, dass Europa in vielen Bereichen Probleme gelöst hat. Europa ist nicht die Ursache des Problems, Europa ist Teil der Lösung.“

José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Rede zur Lage der Union 2013

Foundation Findings liefert allen Akteuren und Interessengruppen, die an der gegenwärtigen europäischen Diskussion über die Zukunft der Sozialpolitik beteiligt sind, relevante Hintergrundinformationen und Empfehlungen für die Politik. Die Inhalte beruhen auf der Forschungsarbeit von Eurofound und spiegeln die autonome dreigliedrige Struktur der Stiftung wider.



**Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
(Eurofound)**

Wyattville Road
Loughlinstown
Dublin 18
Irland
Telefon: (+353-1) 204 31 00
Fax: (+353-1) 282 64 56
information@eurofound.europa.eu
www.eurofound.europa.eu

ISBN 978-92-897-1132-6



9 789289 711326